Vereinigte Personalverbände
des Kantons Zürich

Vereinigte Personalverbände des Kantons Zürich

Peter Reinhard, Präsident
Härdlenstrasse 11, 8302 Kloten
079 402 38 82
reinhard@vpv-zh.ch / www.vpv-zh.ch

Finanzdirektion Kanton Zürich
Herr Regierungsrat Ernst Stocker
Walcheplatz 1
8090 Zürich

vernehmlassungen@pa.zh.ch

2. Juni 2020

Vernehmlassung Änderung Vollzugsverordnung zum Personalgesetz betreffend Zugang zum Personal

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Stocker, lieber Ernst

Die VPV haben sich bereits mit Stellungnahme vom 17. Februar 2020 zur Vernehmlassung geäussert. Die neuen Unterlagen zur Vernehmlassung haben unsere Anliegen nicht in allen Teilen aufgenommen, weshalb wir uns erlauben, zu diesen nochmals unsere Haltung kund zu tun.

Allgemeines
Die Möglichkeiten des Zugangs der Sozialpartner zum Personal begrüssen wir. Allerdings fehlen nach wie vor nähere Angaben zu den digitalen Möglichkeiten des Zugangs wie z.B. via Mails des Arbeitgebers. Die sind wichtig, wenn es z.B. um Wahlen für den Stiftungsrat BVK oder allgemeine Informationen über die Sozialpartner geht.

§ 51a 1
Die erweiterte Fassung mit Einbezug von Mittel- und Berufsschulen begrüssen wir.

§ 51a 2
Auch diesen Abschnitt mit der Konkretisierung der Betriebsgebäude begrüssen wir.

§ 51a 3
Der Hinweis auf eine digitale Verbreitung, beispielsweise über das Intranet, begrüssen wir. Allerdings wäre es sinnvoll, wenn die Sozialpartner einmal jährlich auch ihr Informationsmaterial (sprich Werbung) in einem Rundmail mit verschicken könnten.

Der gedruckte Aushang an den sogenannten «Anschlagbrettern» kostete bisher 150 Franken. Wir gehen davon aus, dass dies in Zukunft kostenlos erfolgt, weil dies kein erheblicher Aufwand bedeutet. Dasselbe beantragen wir auch bei der digitalen Werbung gemäss vorgenanntem Vorschlag.

Änderung der VVO

Allgemeines
Keine weiteren Bemerkungen.

Sozialpartner der Zürcher Staatsangestellten: Dachorganisation (15 Fachverbände mit ihren Unterverbänden) mit rund 19'000 Mitgliedern:

FH-ZH
Verband der Zürcher Fachhochschuldozierenden

KVZ
Kaufmännischer Verband Zürich

Pfarrverein des Kantons Zürich

physio zürich-glarus

Professorenschaft der Universität Zürich

PVKA
Personalverband Kontrollabteilung der Flughafenpolizei

SekZH
Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich

SHV
Schweizerischer Hebammenverband Sektion Zürich und Schaffhausen

SVMTRA
Sektion Ostschweiz der Schweizerischen Vereinigung der Fachleute für medizinisch-technische Radiologie

VKPZ
Verband der Kantonspolizei Zürich

VSAO
Verband der Zürcher Spitalärztinnen und Spitalärzte

VSLZH
Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter des Kantons Zürich

VStA
Verband der Staatsangestellten des Kantons Zürich
- Fachverband des Kantonalen Steueramtes
- juslingua.ch Verband Schweizer Gerichtsdolmetscher und -übersetzer
- Mittelschullehrpersonenverband ZH (MVZ)
- Notarenkollegium
- Notarstellvertreter und Angestelltenverein
- Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung (ZLB)
- Einzelmitglieder

VZL DaZ
Verein Zürcher Lehrpersonen Deutsch als Zweitsprache

ZLV
Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband
- Direktmitglieder
- Verband Kindergarten Zürich (VKZ)
- Zürcher Kantonale Mittelstufe (ZKM)
- Mehrklassenlehrerinnen- und -lehrerverein (MLV)

Vereinigte Personalverbände
des Kantons Zürich

§ 147d 1
Sprachlicher Hinweis in der 9 Zeile: … anerkannt, die VPV und der VPOD. (die anstelle von der VPV)

§ 147e 3
Wir gehen aus, dass auch ohne entsprechende Erwähnung der Besuch von Angestellten an einem Informationsanlass der Sozialpartner während der Bürozeiten und unter Berücksichtigung der betrieblichen Abläufe ungehindert und mit Lohnfortzahlung erfolgen kann.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen in der Umsetzung.

Freundliche Grüsse
VPV Kanton Zürich

Peter Reinhard
Präsident

Astrid Kugler
Geschäftsführerin

Über die Vereinigten Personalverbände (VPV):
Die VPV sind ein Zusammenschluss von 15 Fachverbänden und ihren Unterverbänden. Die VPV vertreten rund 19'000 von ca. 38'000 Staatsangestellten. Die VPV sind offizielle Sozialpartner für das Staatspersonal und verhandeln regelmässig mit der Regierung über die Arbeits- und Anstellungsbedingungen und die Interessen von Personen, die dem Personalrecht indirekt, zum Beispiel in den Gemeinden, unterstehen.